

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtblotz Nr. 12 — Ohschische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 527

Preisnehmer: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Koblappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 65 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“  
„Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Wiederscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 223

Bad Schandau, Freitag, den 23. September 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die Zahl der in Osnabrück an Paratyphus Erkrankten hat sich auf 160 erhöht. Eine Frau ist an den Folgen des Typhus bereits gestorben, während sich ein großer Teil der Erkrankten auf dem Wege der Besserung befindet.

\* Gestern Abend ist der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. med. Quast-Fastem auf der Rückkehr vom Königsberger Parteitag im D-Zug plötzlich an Herzschlag gestorben. Im Landtag vertrat er den Wahlkreis 6 (Pommern).

\* Der polnische Außenminister Jaleski, dessen Reise nach Genf nicht zustande gekommen ist, soll sich einer Meldung des Posenener Tageblattes zufolge in den ersten Tagen des Oktober nach Paris begeben, wo er mit Briand und Chamberlain zusammentreffen wird.

\* In dem holländischen Ort Merik ist eine sehr arme Familie, bestehend aus Eltern und sieben Kindern, verhaftet worden, weil sie mit sehr primitiven Mitteln holländische Gulden und kleinere holländische Geldstücke gefälscht hatten.

\* Nach einer Meldung aus Madrid hat der englische Botschafter in Almeida, Harrison, den griechischen Botschafter Lengo, mit dem er seit längerer Zeit im Streit lebte, durch einen Revolvererschuss schwer verwundet. Harrison wurde verhaftet.

## Zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag.

Von Dr. Paul Ostwald.

Jugoslawien ist einer der wenigen feindlichen Staaten gewesen, die sich in der Nachkriegszeit bemühten, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete möglichst bald gute Beziehungen zu uns herzustellen. Bereits im Jahre 1921 fand sich die Belgrader Regierung zu einem Abkommen mit uns bereit, das uns auch ohne besonderen Handelsvertrag eine gewisse Art von Meistbegünstigung gewährte. Zweifellos gehörte während der damaligen politischen Lage und bei der bekannten Abhängigkeit Belgrads von Paris zu einem derartigen Vorgehen ein gewisser Mut, und er entsprang selbstverständlich nicht irgend welchen deutschfreundlichen Gesinnungen, sondern wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Das rein agrarische Jugoslawien brauchte das industrielle Deutschland als Absatzmarkt, und wie dringend nötig dieser deutsche Absatzmarkt war, erhellt daraus, daß die jugoslawische Ausfuhr nach Deutschland sehr bald 30 Prozent der gesamten Ausfuhr des Landes betrug. Umgeben von anderen hauptsächlich agrarisch eingestellten Staaten, wußte und weiß Jugoslawien auch heute noch nicht, wohin es seine landwirtschaftliche Ueberproduktion lenken soll, wenn ihm der deutsche Absatzmarkt fehlt. Weder Italien noch Griechenland, die allenfalls noch für die jugoslawische Ausfuhr an Getreide, Obst, Fleisch, Eiern usw. in Betracht kommen, könnten den Ausfall des deutschen Absatzmarktes für die jugoslawische Landwirtschaft wett machen. So also erklärt sich Belgrads frühes Entgegenkommen. In dem Angebotssein Jugoslawiens auf den deutschen Absatzmarkt liegt es auch begründet, wenn sich bei den deutsch-jugoslawischen Handelsvertragsverhandlungen keine besonderen Schwierigkeiten ergaben. Die Belgrader Regierung hat einem Handelsvertrag zugestimmt, der durchaus nicht alle ihre wesentlichen Wünsche befriedigt. Zollermäßigungen haben wir ihr nur auf Mais, Speisebohnen, Pflaumen, Pflaumenmus, geschlachtete Hühner und Karpfen gewährt, nicht aber auf Weizen und Fleisch, weil derartige eine Schwächung unserer eigenen Landwirtschaft bedeutete hätte.

Der jetzt zwischen Deutschland und Jugoslawien auf die Dauer von zwei Jahren mit sechsmonatiger Kündigungsfrist geschlossene Handelsvertrag, dessen Ratifikation wohl in Kürze erwartet werden darf, bringt uns nun zunächst gewisse Zollherabsetzungen für Waren, die eine nicht geringe Rolle in unserer Ausfuhr nach Jugoslawien spielen, so für Arzneiwaren, Bleistifte, Strümpfe, Bürsten, Bücher, für die Porzheimer Bijouterie, die Solinger Stahlwaren. Wichtiger ist natürlich noch, daß jetzt die wechselseitige Meistbegünstigung vertraglich gesichert ist und somit irgendwelche willkürlichen Maßnahmen nicht mehr zu befürchten sind. Die Bahn für eine umfangreiche Betätigung auf dem jugoslawischen Absatzmarkt ist für unsere Wirtschaft frei geworden, und das ist insofern von besonderer Bedeutung, als Jugoslawien einer Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte eigentlich erst entgegengeht. Die Landwirtschaft beginnt erst jetzt zu einer intensiveren Wirtschaft überzugehen, und noch sind fast Dreiviertel des Bodens dem Ackerbau nicht gewonnen. Es ist selbstverständlich, daß bei einer günstigen Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Jugoslawien der Bedarf an Maschinen und Geräten aller Art steigen muß. Unserer Industrie werden sich also in dieser Hinsicht nicht geringe Aussichten eröffnen können, nachdem sie infolge des Handelsvertrages die Konkurrenz anderer Industriestaaten nicht mehr zu fürchten hat. Von wesentlicher Bedeutung dürfte gerade hier für die deutsche Industrie, soweit es sich bei ihr um Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen und Ge-

rate handelt, die im jugoslawischen Staate vorhandene starke deutsche Minderheit werden, die im Banat 32 Prozent, in Slavonien 12 Prozent und in Slowenien 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die deutsche Bevölkerung des jugoslawischen Staates besteht in der Hauptsache aus Bauern, und es ist zu erwarten, daß diese deutschen Bauern gern die Vermittlerrolle für eine verstärkte deutsche Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten übernehmen und ihren Bedarf nur bei deutschen Firmen decken werden; da sie sowieso den serbischen und kroatischen Bauern kulturell überlegen sind und ihre Güter als Mustergüter gelten, so dürfte gerade ihr Beispiel von nicht geringem Einfluß sein. Jugoslawien macht aber auch erste Anstrengungen, eine eigene Industrie zu entwickeln, seine noch völlig unberührten Bodenschätze zu heben und sein geringes Eisenbahnnetz auszubauen. Für unsere Eisen- und Maschinenindustrie stehen also auch hier die Aussichten nicht schlecht. Besonders günstig im Konkurrenzkampf mit anderen Staaten dürfte es für sie sich nur zeigen, daß Jugoslawien die deutschen Reparationsleistungen für seine industrielle und verkehrspolitische Entwicklung auszunutzen gesucht hat; weil dadurch nun einmal die deutschen Typen eingeführt sind, wird Jugoslawien auch bei ihnen bleiben müssen.

So günstig sich also die für uns durch den neuen Handelsvertrag eröffneten wirtschaftlichen Aussichten ausnehmen, so wenig dürfte ein Gleiches bei seinen politischen Auswirkungen der Fall sein, denn eine engere politische Fühlungnahme zwischen den beiden Vertragsstaaten wird, wie es sonst so manche Handelsverträge erhoffen lassen, der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag kaum vorbereiten helfen. Die Ursache hierfür liegt in der jugoslawischen Stellungnahme gegen den Anschluß Österreichs an das deutsche Mutterland. In sich würde Jugoslawien wirtschaftlich aus solchem Anschluß nur Nutzen ziehen, da dann sein Hauptabnehmermarkt unmittelbar bis an seine Grenze rückt und der Transit der Waren durch Österreich fortfiele. Doch Jugoslawien ist durch das Diktat von St. Germain die Südsteiermark zugesprochen, und die Furcht, daß nach einem Anschluß Öster-

reichs an das Reich sich auch die Südsteiermark erst recht in das größere Deutschland heimsehen würde, ist stärker als alle wirtschaftlichen Erwägungen. Politisch wird Jugoslawien somit in Schlepptau Frankreichs auf der Seite unserer Gegner zu finden sein. Ob der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag sich wenigstens in der Richtung einer verhältnismäßigeren Haltung der großen deutschen Minderheit gegenüber auswirken wird, muß schließlich abgewartet werden. Obgleich Jugoslawien wirtschaftlich sich immer schon auf uns angewiesen fühlte, hat doch das Deutschtum überaus stark unter den ihm feindlichen Maßnahmen der Belgrader Regierung zu leiden gehabt, die es schließlich erreicht hat, daß die meisten deutschen Schulen heute vernichtet und nur noch Klassenabteilungen übrig geblieben sind, daß weiter heute nicht mehr die Eltern, sondern der Schulrat darüber zu bestimmen hat, ob ein Kind in eine deutsche oder serbische Schule geschickt werden muß. Es soll zwar nicht geleugnet werden, daß — abgesehen von der Südsteiermark — sich manches in dem Verhältnis der Belgrader Regierung zur deutschen Minderheit in letzter Zeit gebessert hat, aber es bleibt hier doch noch viel zu wünschen übrig, ganz besonders wenn wir neben der zahlenmäßigen Stärke der Deutschen auch noch ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung für Jugoslawien in Betracht ziehen. Unförmlich aber müssen wir im Augenblick des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Jugoslawien wünschen, daß man dort endlich einsehen lernt, wie stark heute die nationale Minderheitenfrage auch rein wirtschaftliche Beziehungen unter den Nationen beeinflusst. Gegenseitiges Vertrauen und Wohlwollen bilden schließlich die notwendige ideale Grundlage eines Handelsvertrages, doch werden sie bei einem Vertragspartner schwerlich aufkommen können, der seine nationalen Splitter vor dem Kontrahenten nicht nach Recht und Gerechtigkeit behandelt sieht. Jugoslawien steht also nur sich selbst und seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung im Wege, wenn es nicht versucht, durch eine bessere und gerechtere Behandlung der deutschen Minderheit dem mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrag eine feste und ausbaufähige Grundlage zu geben.

## Am Sonnabend Abrüstungsdebatte in Genf

### Die Abrüstungskommission für Finnlands Antrag auf finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten.

Genf, 22. September. Die Abrüstungskommission des Völkerbundes behandelte heute den finnländischen Antrag auf finanzielle Unterstützung angegriffener kleinerer Staaten zur Versorgung mit dem notwendigen Kriegsmaterial. Die Delegierten der meisten Staaten traten für Annahme des finnländischen Antrages ein. Von englischer Seite wurde jedoch der Vorbehalt gemacht, daß die endgültige Ausgestaltung der vorgesehenen finanziellen Verpflichtung der großen Staaten erst endgültig festgelegt werden soll, wenn auf dem Gebiet der Abrüstung nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Vertreter Frankreichs und Polens sprachen sich für den finnländischen Antrag aus. Der Antrag wird nunmehr der Vollversammlung vorgelegt werden. Man nimmt an, daß er der vorbereitenden Abrüstungskommission, vielleicht auch der vorgesehenen neuen Kommission zur Prüfung der Sicherheitsgarantien, überwiesen werden wird.

Die Abrüstungskommission behandelte dann einen Antrag des Delegierten von San Salvador, Guerrero, über die Durchführung der Kontrolle der privaten Waffenfabrikation. Die Verhandlungen hierüber werden am Freitag fortgesetzt werden.

### Rühne Behauptungen Poincarés.

Gestern nachmittag fand in St. Mihiel eine Gedenkfeier an die amerikanische Offensive vom September 1918 statt, in deren Verlauf Poincaré das Wort ergriff. Der französische Ministerpräsident gab einen Ueberblick über die Vorbereitungen und Entwicklung der Offensive und erklärte unter Hinweis auf die gemeinsamen französisch-amerikanischen Waffentaten u. a.: „Wenn man zusammen Minuten wie diese verbracht hat, versteht man, daß es jetzt zwischen unseren beiden Ländern unzerbrechliche Bande gibt, Frankreich ist nicht die launige und unbeständige Nation, wie oberflächliche Beobachter manchmal meinen, sie ist zuverlässig und treu in ihrer Freundschaft. (?) Sie hat die Pflicht und das Recht, ihre Interessen zu verteidigen, weil sie die Interessen eines durch den Krieg grausam geprüften und durch einen Frieden etwas enttäuschten Volkes zu vertreten hat.“

### von Richthofen über Hindenburgs Tannenbergs-Rede und die Anschlußfrage.

Am Dienstagabend sprach in einer öffentlichen Kundgebung Berliner Jungdemokraten Reichstagsabgeordneter v. Richthofen über die politische Lage. Der Redner betonte u. a., daß die Bedenken der demokratischen Reichstagsfraktion gegen eine ungünstige Auswirkung des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung gerade vom außenpolitischen Standpunkt aus

### Abrüstungsdebatte am Sonnabend vor der Vollversammlung des Völkerbundes.

Genf, 22. September. Nach den bisherigen Dispositionen soll die große Debatte über die Abrüstungsfrage in der Vollversammlung des Völkerbundes am Sonnabendvormittag beginnen. Man nimmt an, daß zum Schluß der allgemeinen Debatte Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen in der Abrüstungsfrage ergreifen wird.

### Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel durch Deutschland.

Berlin, 22. September. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird, wie verlautet, im Laufe des Freitags die formelle Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtes vornehmen.

Die bevorstehende Unterzeichnung war vom Reichsaussenminister bereits in seiner Rede vor der Vollversammlung zu Beginn der Tagung in Aussicht gestellt worden.

in vollem Umfange gerechtfertigt seien. Die Neuaufstellung der Kriegsschuldfrage im gegenwärtigen Augenblicke bezeichnete v. Richthofen als unzweckmäßig. Der Redner hatte es für besser gehalten, wenn in Tannenbergs auf das große Ziel der deutschen Republik, die Bildung von Großdeutschland, hingewiesen worden wäre, denn dieses Ziel dürfte nicht aus dem Auge gelassen werden. Großes Aufsehen erregte die Mitteilung des Abg. v. Richthofen, es sei inzwischen bekannt geworden, daß bei der Zusammenkunft des Reichskanzlers Marx und des Bundeskanzlers Seipel am 14. September in der Katholikentage die beiden Kanzler zu dem Ergebnis gekommen seien, daß die Behandlung der Anschlußfrage gegenwärtig nicht akut sei.

### Erregte Debatte über die Wiener Unruhen im Rechtsausschuß des Nationalrates.

Wien, 23. September. Der Rechtsausschuß des Nationalrates beschäftigte sich heute auf Grund eines Antrages der Sozialdemokraten auf bedingungslose Amnestie der Zulidemonstranten mit den blutigen Vorgängen am 15. und 16. Juli in Wien. Während der Debatte bestritt der Hauptredner, der sozialdemokratische Abg. A u f e r l i c h, die vielfachen Minderungen während der Unruhen lebhaft und erklärte „die Leute hätten Kleinigkeiten mitgehen heißen“, was zu erregten Auseinandersetzungen führte. Zu neuerlicher großer Erregung kam es, als der zweite Hauptredner der Sozialdemokraten, B a u e r, das Wiener Lan-